**Budgetrede SPÖ - Klosterneuburg 2022**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer.

Leider wird die Gestaltung eines Budgets wiederholt schwierig. Die Tage hat der Finanzminister gesagt, die Erstellung des Budgets ist sehr kompliziert.

Wenn ich mir das Budget des Bundes ansehe, mit der Steuerentlastung für Konzerne, die Überschüsse in Millionen Höhe erzielen, wird für uns Gemeinden immer weniger übrig bleiben. So nach dem Motto friss oder stirb. Eigentlich sollten mit den überschüssigen Gewinnen ja die Gemeinden, die Kleinbetriebe, die Menschen in diesem Land, die mit dem Coronawahnsinn und Kriegswirren am meisten gelitten haben, unterstützt werden.

Fehlgeschlagen!

Wären die Grünen nicht mit in der Bundesregierung, würde es von denen niemals eine Zustimmung geben, dass der Geldadel so gestützt wird und die Klein und Mittelbetriebe wie auch der sogenannte kleine Mann, der Hackler, die die ganze Soziallasst tragen müssen, so belastet werden.

Nur wie lange noch?

Nicht nur für den Finanzminister ist die Erstellung eines Budgets kompliziert, es ist für Gemeinden umso schwieriger, darum auch heuer mein Dank wie jedes Jahr nicht nur an Kammeramtsdirektor Herrn Mag. Schwarz, Stadtamtsdirektor Mag. Duscher und allen GA und Referatsleitern, für die schwierige Aufgabe das Budget zusammen zu stellen, sondern auch meinen Stadtrats Kolleginnen und Kollegen, die, wie die letzten Jahre schon, um jeden Cent diskutieren müssen, um irgendwie noch ihre Ressorts bedienen zu können.

Da kommen wir nicht darüber hinweg wiederholt den Finanzausgleich anzusprechen.

Das ist auch so ein endloses Thema.

Ich kann mich noch an all die Wortmeldungen vom Vorjahr erinnern.

Die SPÖ Klosterneuburg hat das Thema schon Jahre vorher in allen Wortmeldungen zum Voranschlag. Voriges Jahr sind bis zum Finanzstadtrat hinauf alle aufgesprungen, leider halt nur heiße Luft. Denn mittlerweile ist wieder ein Jahr vergangen und wieder ist nichts passiert. Ich möchte hier wiederholt darauf hinweisen, dass der Bund und die Länder hier nach wie vor gefordert sind, endlich Ordnung zu schaffen.

Es geht hier um riesige Summen, wo für alle „Zweit“-wohnsitzer Infrastruktur einer Kleinstadt zur Verfügung stehen muss. Das alles muss die Stadt eben mit dem Geld, das aus dem Finanzausgleich für Hauptwohnsitze an die Gemeinden ausbezahlt wird, und mit den Eigenmitteln der Stadt finanzieren. Der Stadt entgehen hier, wenn man von diesen rund 10.000 solcher Wohnsitze ausgeht, und davon, dass man für einen Hauptwohnsitz rund € 800,- aus dem Finanzausgleich bekommt, eine Summe von rund € 8 Mio. im Jahr. Hätten wir dieses Geld, müssten wir nicht wie im Voranschlag beschrieben rund 6,5 Mio. an Rücklagen auflösen.

Diese Versäumnisse der Vergangenheit rächen sich hier massiv und leider werden die Finanzausgleichsverhandlungen immer wieder aufgeschoben. Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist hier die dringende Einstufung der Grundsteuerreform zu nennen, ebenso die für die Gemeinden besonders relevante Entlastung im Umlagebereich (Ko-Finanzierungsverpflichtung für Gesundheit und Pflege).

Hier sind vor allem die Länder und die Bürgermeister gefordert mehr Druck auszuüben. Unsere volle Unterstützung in diesem Punkt ist sicher.

Aber wie eingangs erwähnt, nur Lippenbekenntnisse aus dem Vorjahr, angegangen in diese Richtung wurde nichts.

Aber jetzt kommt ja, wie ein Wunder vor der Landtagswahl, die Rettung aus dem, nein nicht aus dem ÖVP Land NÖ, sondern aus dem Blau Gelben Land.

€240.000.- an die Gemeinde für Impfkampagne. Was soll das? Ist es die Aufgabe einer Kommune Staatsaufgaben zu übernehmen? Ich meine nein!

Wenn das Geld wenigstens frei verfügbar wäre um unsere Daseinsvorsorge, gemeindeeigenen Betriebe, Sozialeinrichtungen, Gesundheitsvorsorge etc., mit den nötigen Ressourcen auszustatten, dann bitte.

Was macht aber die Gemeinde? Sie vergibt das Geld gegen Verwendungsnachweis zur Kampagne an das Happyland und diverse Vereine.

Höchst schinant, wenn man wie ich als Sozialstadtrat weiß, wie dringend Klosterneuburger Sozialorganisationen Unterstützung brauchen, will aber nicht bestreiten, dass sie diese auch zu teilen bekommen.

Nicht nur die, da geht’s weiter in die Kindergärten, Schulen, familiäre Netzwerke, Kinderbetreuung, und vieles mehr, die hier ebenso mit Priorität zu bedienen wären.

Der Kindersozialdienst betreut über 700 Familien pro Jahr, die Geh.Beat Jugendorganisation platz aus allen Nähten, Rainbows seit ein paar Wochen neu in Klosterneuburg und schon zig Aufträge, Community Nurse, kurz im Amt und laut dem ersten abgegebenen Bericht leiden sie nicht an Unterbeschäftigung. Man könnte hier unendlich weiter ausführen.

Das wären die vorrangigen Aufgaben einer Kommune.

Aufgrund einer Ersparnis (der nicht Montage einer Weihnachtsbeleuchtung) hätte man das Geld genau für solche vorher genannten Organisationen, aber was macht man mit dem Großteil des Geldes?

Man gibt € 5000.- dem Stadtmarketing, zur Bewerbung von Klosterneuburg Einkaufsgutscheinen.

Und ich muss mich in meiner Budgetverhandlung mit dem Finanzstadtrat darum matchen und hinnehmen dass € 1000.- für Pensionistenausflüge gestrichen werden. Eine der letzten gesellschaftlichen Passionen, wo dahingehend eingewirkt werden kann, dass ältere Menschen nicht vereinsamen.

Bin schon auf die Darstellung des Stadtmarketing gespannt, wieviel Gutscheine auf Grund der € 5000.- Bewerbung verkauft wurden. Wäre es eigentlich nicht sowieso die Aufgabe des Marketings, für die

€ 260.000.- die wir gesponsert haben?

Oder das Sponsoring an das Stift. Das Stadtmarketing fördert und wir als Stadt fördern für Adventmarkt und Lichtergarten. Was macht das Stift, es macht ein Geschäft für sich daraus, mit nicht so wenig Mitteln aus der Stadt.

Da hätte ich genug Vorschläge wo das Geld besser aufgehoben wäre. Faktum ist, dass nicht so gut betuchte Großeltern mit ihren Enkerln einen Adventmarkt besuchen wollen, den wir finanziert und der Wirtschaftshof aufgebaut hat und dann noch Eintritt dafür zahlen müssen.

Da nützt es auch nichts, das dies dann geändert wurde. Da geht’s um die grundsätzliche Einstellung der Verantwortlichen.

Interessant wäre doch, dass wir anteilig unserer Förderungen aus dem Gewinn dieses Adventzaubers abschöpfen können.

Jetzt wird groß angekündigt, dass noch eine große Summe vom Land an die Gemeinden zur Rettung des Budgets überwiesen wird, nur so einfach ist das ja nicht. Im Zusammenhang mit den Bundesförderungen gesehen weiß man, will man diese ausschöpfen, braucht es eine Eigenfinanzierung von 50% und genau dazu soll die Landesförderung im Wesentlichen dienen. In Wirklichkeit zwischen den Zeilen gelesen wird wieder ein gewisses Klientel bedient, Wirtschaft, auch wichtig, nur nicht die erste Aufgabe einer Kommune. Viele machen schon groß Werbung mit diesen Förderungen, nur beschlossen sind sie noch nicht.

Nichts desto trotz stimmen wir dem Voranschlag zu, denn unsere Gemeindebetriebe müssen arbeiten können und brauchen natürlich Finanzsicherheit, werden in Zukunft aber weiter darauf achten, dass das Geld der Stadt ausschließlich für die Agenden der Stadt zu verwenden ist und nicht für Klientelpolitik.

Schöne Weihnachten und ein erfolgreiches gesundes 2023 wünsche ich uns allen. Und bitte bald Frieden auf dieser unserer schönen Welt.

Danke!